

Das größte Fachm... reicher Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles... des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

6B · 2011

Tagesaktuelle Sonderausgabe zum
58. Österreichischen Gemeindetag in Tirol



58. GEMEINDETAG

Gemeinden werden nicht kippen

Die Kitzbüheler Vorderstadt bot den perfekten Rahmen für die Eröffnung des 58. Österreichischen Gemeindetages. Und selten war trotz des sehr ernsten Themas „Demografische Entwicklung“ die Stimmung so gut.

8 SEITEN BERICHT



Nur mehr wenige Plätze waren im Saal frei, als der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes tagte.

Bundesvorstandssitzung und Resolution des 58. Gemeindetages

Der Belastungsstopp muss in die Tat umgesetzt werden

„Wir dürfen nicht zulassen, dass die Abwanderung aus den ländlichen Räumen ungebremst fortschreitet“, so Mödlhammer. „Es muss ein Kernanliegen aller politischen Ebenen sein, die Lebensbedingungen einigermaßen gleichwertig zu erhalten, egal ob jemand in der Stadt oder am Land wohnt.“

Auch etwaige Strukturreformen sind Teil der Gemeindebund-Resolution. „Der von oben verordneten Zusammenlegung von Gemeinden erteilen wir eine klare Absage“, so Mödlhammer. „Derartige Maßnahmen können nur unter Einbindung und mit Zustimmung der Bevölkerung erfolgen.“

Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden sei weiter auszubauen, auch wenn damit keine Milliardenersparungen zu erzielen seien. „Wir unterstützen auch alle Bemühungen zu einer Verwaltungsreform, davor ist eine Aufgabenreform aber unumgänglich. Es muss völlig klar sein, welche Ebene wofür zuständig ist“, so Mödlhammer. Auch die künftige Finanzierung der Pflege beschäftigt die Ge-

Wir unterstützen alle Bemühungen zu einer Verwaltungsreform, davor ist eine Aufgabenreform aber unumgänglich. Es muss völlig klar sein, welche Ebene wofür zuständig ist.

Helmut Mödlhammer

meinden. „Kürzlich haben wir die Finanzierung bis 2014 mit Bund und Ländern verhandelt und uns geeinigt. Wir brauchen aber natürlich auch eine Perspektive, die über 2014 hinaus geht.“ Den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung sehen die Gemeinden inhaltlich nicht kritisch, befürchten aber weiter steigende Kosten aufgrund von Investitionen. „Wenn wir die Kinder- und Nachmittagsbetreuung ausbauen, dann stehen uns große Ausgaben für Infrastruktur bevor“, so Mödlhammer. Er ging so weit,

dass er die angedachte „Akademisierung der Kindergärtner und Kindergärtnerinnen als gefährlich Drohung betrachte. Immerhin, so Mödlhammer, würde allein dieser Schritt die Gemeinden hunderte Millionen kosten. Er halte es für wichtiger, zuerst allen Kindern einen Platz zuzusichern, bevor an weitere Schritte gedacht werde.

„Hier verlangen wir, dass nicht über die Köpfe der Gemeindeverantwortlichen hinweg entschieden wird, sondern solche Maßnahmen mit uns besprochen und verhandelt werden.

Resolution des Österreichischen Gemeindetages

Einstimmig verabschiedete der Bundesvorstand abschließend die Resolution. KOMMUNAL bringt dieses Dokument in leicht gekürzter Version, der ausführliche Text ist auf den Hompages www.gemeinebund.at und www.kommunalnet.at zum Download bereit gestellt.

► **Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen**
Die Vielfalt der Gemeinden und



Das Präsidium – Ernst Schöpf, Alfred Riedl, Helmut Mödlhammer, Rupert Dworak und Robert Hink – ernannte die ausscheidenden Mitglieder Vinzenz Rauscher und Hans Ferlitsch zu Ehrenmitgliedern und verlieh ihnen den Ehrenring.

Regionen ist wichtiger Teil der Lebensqualität der Menschen in Österreich. Die österreichischen Gemeinden sind ständig bemüht, ihren Bürgerinnen und Bürgern bestmögliche Lebensbedingungen anzubieten, egal ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum leben. Beispiele aus ganz Europa zeigen sehr eindringlich die Folgen der zunehmenden Abwanderung aus den ländlichen Gebieten aufgrund ungleicher Lebensbedingungen. Verödete Landstriche, leere Dörfer und die völlige Überalterung mancher Regionen sind sichtbare Konsequenzen daraus.

...
Auch bei sämtlichen Überlegungen zu einer Reform des Finanzausgleichs ist daher besonders auf die großen Herausforderungen, vor denen die ländlichen Gebiete und ihre Gemeinden stehen, Bedacht zu nehmen.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert daher die Bemühungen um eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Ge-

meinden zu einem Schwerpunkt der Reformarbeit zum nächsten Finanzausgleich zu machen.

Auf der Ebene der Europäischen Union wird in den kommenden Monaten der neue Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 verhandelt. Derzeit sind die Agrarpolitik mit rund 40 Prozent und die Regionalpolitik mit etwa 35 Prozent, zusammen rund drei Viertel des EU-Budgets, die stärksten Förderinstrumente. Es gibt Bestrebungen, die Agrarförderungen zugunsten anderer Bereiche weiter zurückzuführen. Hier ist darauf zu achten, dass nicht die kleinen Landwirtschaften unter die Räder geraten, sonst kommt es zu einer weiteren Abwanderung aus ländlichen Gebieten. Auch die Förderungen aus der 2. Säule der Landwirtschaftspolitik (ländliche Entwicklung) dürfen nicht gekürzt werden, dies ginge direkt auf Kosten des ländlichen Raumes. In der Regionalpolitik gibt es Bemühungen, die „Städtische Dimension“ stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Auch wenn dies als Reaktion des Megatrends einer Verstädterung gesehen werden kann, muss doch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass eine Reduktion der Mittel für den ländlichen Raum zu verstärkter Abwanderung und neuem Migrationsdruck auf Städte und Stadtregionen und damit zusätzlichen Problemen führt.

Der Bundesvorstand ersucht daher die Mitglieder der Bundesregierung und des Europäischen Parlamentes, diese Argumente in die Verhandlungen im Rat, mit der Kommission und dem EU-Parlament einzubringen.

► Strukturreformen nur unter Einbindung der Bevölkerung

Die politische und öffentliche Diskussion rund um die Zusammenlegung von Gemeinden hat in den vergangenen Monaten an Intensität gewonnen. Mit Beispielen aus anderen Ländern (Schweiz, Skandinavien) sollen die Vorteile großflächiger Gemeindefusionen sichtbar gemacht werden. Dabei wird kaum auf die Unterschiedlichkeit der regionalen Verhältnisse sowie

die höchst unterschiedlichen Aufgaben von Großgemeinden in anderen Ländern Rücksicht genommen.

...

Die Fusion von Gemeinden greift zudem so tief in die Lebensverhältnisse der Menschen ein, dass von oben verordnete Zusammenlegungen von der Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt werden.

Der Bundesvorstand des österreichischen Gemeindebundes fordert daher, dass die allfällige Zusammenlegung von Gemeinden an die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung gebunden wird. Dies ist auch eine demokratiepolitisch essentiell wichtige Frage.

► Aufgaben- und Ausgabenreform für alle Gebietskörperschaften

Die Planung und Umsetzung einer Verwaltungsreform ist ein Kernanliegen der Österreichischen Bundesregierung. Hinsichtlich der Effizienz und Effektivität sind die österreichischen

Die Vielfalt der Gemeinden und Regionen ist wichtiger Teil der Lebensqualität der Menschen in Österreich.

Gemeinden seit vielen Jahren Vorreiter. Aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes ist die Grundvoraussetzung für eine Verwaltungsreform die Durchführung einer Aufgaben- und Ausgabenreform, bei der die Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften klar geregelt werden.

...

Zum Beispiel kann die Kinderbetreuung vollständig von den Gemeinden übernommen werden, wenn sie im Gegenzug von ihren Verpflichtungen im Pflege- und Gesundheitswesen entlastet werden.

Das System der Bedarfszuweisungen ist in allen Bundesländern transparent und unter Einbindung der kommunalen Interessensvertretungen in den Bundesländern zu gestalten. **Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert daher die Bundesregierung auf, alle notwendigen Anstrengun-**

gen zu unternehmen, um eine große Aufgabenreform in der öffentlichen Verwaltung anzugehen. Erst dann kann seriöserweise über eine Verwaltungsreform verhandelt werden.

► **Sicherung der Pflegefinanzierung**

Vor wenigen Wochen haben sich Bund, Länder und Gemeinden im Rahmen der Verhandlungen zum Stabilitätspakt über die Finanzierung der Pflegebetreuung bis zum Jahr 2014 geeinigt. Im Zuge dieser Einigung ist die laufende Periode des Finanzaus-

Auch bei sämtlichen Überlegungen zu einer Reform des Finanzausgleichs ist daher besonders auf die großen Herausforderungen, vor denen die ländlichen Gebiete und ihre Gemeinden stehen, Bedacht zu nehmen.

gleichs auf 2014 verlängert worden.

Die Finanzierung der Pflegebetreuung und der Pflegeeinrich-

tungen ist für die österreichischen Gemeinden eine Zukunftsfrage, die weit über das Jahr 2014 hinausgeht. Die solidarische Finanzierung dieser Aufgabe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist eine Frage, die dauerhaft und damit über das Jahr 2014 hinaus einer Klärung bedarf.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes fordert die Bundesregierung daher auf, die Finanzierung der Pflege über das Jahr 2014 hinaus zum Gegenstand von Verhandlungen in der Vorbereitung der

Gespräche zum neuen Finanzausgleich zu machen.

► **Schule und Kinderbetreuung**

Im jüngst vorgestellten Pro-

jekt katalog der Bundesregierung nehmen die Bereiche Schule und Nachmittagsbetreuung eine zentrale Stellung ein. In

den kommenden Jahren sollen einerseits alle bestehenden Hauptschulen in Neue Mittelschulen umgewandelt werden, andererseits sollen zehntausende neue Plätze für die Nachmittagsbetreuung in Pflichtschulen entstehen.

Für die österreichischen Gemeinden sind beide Themenfelder höchst kostenintensiv. Sowohl die Adaptierung und Instandhaltung bestehender Schulen, als auch die baulichen Erfordernisse zur Umwandlung in Neue Mittelschulen erfordern vielfach große Investitionen, die die Gemeindebudgets belasten. Auch der Ausbau der Nachmittagsbetreuung zieht infrastrukturelle Notwendigkeiten nach sich, die für die Gemeinden mit hohen Kosten verbunden sind. **Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes verlangt daher, in sämtliche diesbezüglichen Gespräche und Verhandlungen eingebunden zu werden, damit es nicht zu einseitigen finanziellen Belastungen für die Gemeinden kommt.**

Presskonferenz: Harte Töne gegen die immer neuen Belastungen

„Zu viele Durchlauferhitzer am Werk“

„Die Stimmung am Gemeindetag ist gut. Die Stimmung in den Gemeinden ist aber angesichts der Probleme nicht gut.“

Mit diesen Worten eröffnete Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer gestern die Presskonferenz, bei der die regionalen und die österreichweiten Medien über die Anliegen des Gemeindetags informiert wurden. Vor allem die Entwicklung der



Die Gemeinden sind zu Reformen bereit. Das versicherten Ernst Schöpf und Helmut Mödlhammer den Medienvertretern, die in großer Zahl zur Pressekonferenz gekommen waren.

Ausgabenproblematik bereitet den Gemeinden große Sorge. Als größte Sorgenkinder nannte Mödlhammer die Kinderbetreuung und die demographische Entwicklung sowie die damit verbundenen Herausforderungen für den Sozialbereich.

Bei der Kinderbetreuung zeige sich immer stärker ein Bedarf nach flexiblen Betreuungszeiten, nach kleineren Kindergartengruppen und nach einer Ausweitung der schulischen Nachmittagsbetreuung. „Diese Anliegen sind viel wichtiger als die

Als sich die „Massen in den Gassen“ drängten:

„Bereit für vernünftige Reformen“

„Der 58. Österreichische Gemeindetag ist eröffnet.“
Ernst Schöpf, Helmut Mödlhammer und Klaus Winkler
und rund 2200 Delegierte in der Vorderstadt.



öfters geforderte Akademisierung des Kindergartenpersonals“, hielt der Gemeindebund-Chef fest. Im Sozialbereich forderte der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Ernst Schöpf, die Bundespolitik auf, endlich auf die demographische Entwicklung zu reagieren: „Wir wissen, dass sich die Zahl der 85-Jährigen bis 2030 verdoppeln wird. Davor kann man nicht länger die Augen verschließen.“ Mödlhammer stellte klar, dass die kürzlich erzielte Einigung über einen Pflegefonds nur ein Etappenziel sei. Wie die Entwicklung nach dem Jahr 2014 weitergehen solle, sei noch vollkommen offen. Vehement wehrte sich der Gemeindebund-Präsident gegen Vorwürfe, dass die Gemeinden Reformverweigerer seien. „Wir sind zu allen vernünftigen Reformen bereit!“ Als Beispiel nannte er nochmals die Kinderbetreuung, die von den Gemeinden besser organisiert werden könne als von Bund oder Ländern. Ernst Schöpf forderte in

diesem Zusammenhang eine klare Verteilung von Kompetenzen. „Es ist oft so, dass zu viele Durchlauferhitzer am Werk sind.“ Das führe dann meist zu komplizierten und praxisfernen Lösungen, die noch dazu teuer kommen.

Die Gemeinden dagegen seien die Sparmeister der Nation, stellte Mödlhammer klar. Schließlich seien die Kommunen die einzige Gebietskörperschaft, die sich verpflichtet hat, keine neuen Schulden zu machen. Bedingung sei aber, dass ihnen nicht ständig neue Lasten aufgebürdet würden. Als Beispiele nannte er neben der realitätsfernen Forderung nach einer Akademisierung der Kindergartenpädagoginnen auch den Entwurf zu Eisenbahnkreuzungsverordnungen. Dieser sieht vor, dass alle Bahnübergänge beschränkt werden sollen. Die Gemeinden müssten dabei ein Viertel der Kosten übernehmen. „Das ist nicht finanzierbar“, so Mödlhammer.

Mit felsenfester Überzeugung betonte Helmut Mödlhammer bei der Eröffnung, dass die Gemeinden nicht kippen werden. Und er lieferte den Grund auch gleich mit: „In unseren Gemeinden arbeiten so viele tausend unwahrscheinlich tolle Menschen.“ Diese Menschen seien der lebende Beweis, dass der Spruch „Die Gemeinden sind das Fundament des Staates“ nicht übertrieben ist. Kitzbühels Bürgermeister Klaus Winkler betonte die Ehre an „diesem historischen Tag für Kitzbühel. Einerseits ist es das erste Mal, dass sich eine derartige Konzentration politischer Entscheidungsträger hier versammelt hat, und zum anderen ist es das allererste Mal, dass nicht die Landeshauptstadt Innsbruck so ein Event ausrichtet. Auch der Chef des Tiroler Gemeindeverbandes, Ernst Schöpf, lobte das Organisationstalent und den Einsatz der Stadt, die das Event problemlos abwickelte.“

Turbulente Fachtagung zu Freiwilligenarbeit und Pflege

Der Pflegefonds ist nur ein erster Schritt

Eine derart intensive Diskussion gab es noch selten bei einer Fachtagung auf einem Gemeindetag. Die anwesenden Gemeindevertreter schenken Sozialminister Rudolf Hundstorfer nichts. Der aber bot rhetorisch gekonnt Paroli.



Minister Rudolf Hundstorfer: „Wenn wir zwölf Monate später in Pension gehen, ersparen wir uns eine Milliarde an Ausgaben.“

Der Saal des K3 der Wirtschaftskammer mit den Teilnehmern der Fachtagung – heiße Diskussion bestimmten den Nachmittag.

Zunächst schien die Veranstaltung gemütlich dahin zu plätschern, weil sich die drei am Podium sitzenden Politiker – Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und der Präsident des Tiroler Gemeindever-

schens, die Pflege benötigen.“, so Hundstorfer.

Turbulent wurde es dann aber, als erste Zwischenrufe über das Pensionsantrittsalter und über die Hacklerregelung aus dem Saal kamen. Es zeigte sich die gesamte Bandbreite der zu diesem Thema möglichen Meinungen: von der Forderung nach einem späteren Pensionsantrittsalter bis zu dem Hinweis, dass man in höherem Alter keine schwe-

ren Arbeiten mehr verrichten kann. In diesem Zusammenhang wurde Hundstorfer auch direkt angegriffen: „Ich habe immer sehr viel vom Herrn Minister gehalten, aber es gefällt mir nicht, dass er jetzt mit den anderen herumschwanzelt“, hieß es aus dem Publikum.

Replik des Ministers: „Ich

schwanzle nicht irgendwo durch die Gegend!“ Hundstorfer wies aber darauf hin, dass ein späteres Pensionsantrittsalter enorme Einsparungen bringen würde: „Wenn wir zwölf Monate später in Pension gehen, ersparen wir uns eine Milliarde an Ausgaben.“

Gemeindebund-Präsident Mödlhammer forderte, dass die öffentliche Hand Anreize schaffen solle, die Pflege zu Hause attraktiver zu machen. In diesem Zusammenhang wies die Bürgermeisterin von Wörgl, Hedwig Wechner, darauf hin, dass pflegende Personen, sich derzeit oft alleine gelassen fühlen würden und besser unterstützt werden müssten. Der ehemalige Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Hermann Kröll, versuchte die Debatte in eine andere Richtung zu lenken. Er forderte, dass nicht nur über Geld gesprochen werde, sondern, dass auch über den Stellenwert des alten und pflegebedürftigen Menschen nachgedacht werden sollte.

Es gibt es kein rot und schwarz, sondern nur die Bedürfnisse der Menschen, die Pflege benötigen.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

bandes, Ernst Schöpf – darüber einig waren, dass die Einigung über den Pflegefonds ein wichtiger erster Schritt in der Sicherung der Pflege ist, dem aber schon bald weitere folgen müssen. Parteipolitik dürfe dabei keine Rolle spielen. „Da gibt es kein rot und schwarz, sondern nur die Bedürfnisse der Men-



Ein Menschentraube hang von Start bis Ziel des Hahnenkamms an den Lippen des äußerst originellen Kitzbühler Originals Ernst Hinterseer. Der Olympiasieger von 1960 begeisterte beim Abstieg mit Alltagsgeschichten aus fast acht Jahrzehnten in Kitz. In 2:23 Minuten fuhr er damals die Streif hinab, ohne Helm und Schutzanzug. Und sein Marschtempo ist heute noch auf höchstem Niveau.

Impressionen aus Kitzbühel,



Rundgang durch die Kitzbühler Vorder- und Hinterstadt mit Stadtführerin Ingrid de Pauli. Teilnehmerin Sonja Asmann, Amtsleiterin von Katsdorf, findet: „Am Gemeindegtag bekommt man viel Fachinformation, aber am wichtigsten ist der Erfahrungsaustausch.“



Ortskundiger Engelbert Prohaska zeigte den Besuchern Ferdinand Schojer (St. Peter am Kammersberg), Maria Lettner (Ried in der Riedmark), Herbert Wieser (St. Peter) und Arnold Lercher (St. Peter) den Alpenblumengarten am Kitzbühler Horn. Bei wechselhaftem Wetter wanderten zahlreiche Bürgermeister und Gemeindeangestellte zwischen dem Gipfel und dem Alpenhaus. Für Ferdinand Schojer war die Wanderung aber ein Katzensprung, denn er fuhr bereits mit dem Fahrrad von Radstadt aus nach Kitzbühel.



Bei Besuch von Helmut Mödlhammer ging es hoch her am Stand der BIG.



Ernst Schmid, hier mit seiner „Mannschaft“, den Gemeindevorständen Karl Kucher, Johann Kröss, Amtsleiterin Edith Zechmeister und Gemeindevorstand Thomas Schmid.

Bonmots aus Kitz

„Pass' auf! Dirigieren' lass ma uns net gern!“

Helmut Mödlhammer zu Karl Mark, Bezirkshauptmann von Schwaz und Dirigent der Bürgermeisterkapelle

„Die Damen derfn zum Hansi Hinterseer, die Herren ‚müssen‘ zum Rudolf Hundstorfer. So ist die Welt.“

Schallendes Gelächter und ein paar wenige „Buhs“ folgten dieser Aussage

„Lieber Klaus, net bös sein, aber die Armut möge in allen Gemeinden so groß sein wie in Kitzbühel.“

Replik auf Bürgermeister Winklers Ansage, dass Kitzbühel auch nur eine arme Gemeinde sei.

„Und nun dirigiert der Präsident den Olympiamarsch ... mit an Einschlag haben sie besprochen, bin gespannt wie das jetzt ausschaut ...“

Ernst Schöpf kündigte den neuen Dirigenten der Kapelle an.



Die Kärntner Delegation sammelte sich um Neo-Präsident Ferdinand Vouk (5.v.l.) und Alt-Präsident Hans Ferlitsch (4.v.l.).



Walter Leiss, designierter Gemeindebund-General-uring von der freundlichen Tiroler Gemeindetagscrew. Günter Fankhauser (li) hatte zur Verstärkung aus dem heimatlichen Zillertal Verstärkung angefordert. Mit auf dem Bild Kommunalverlags-Chef Michael Zimper und Tirols Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf.



Ernst Hinterseer, die „Rosi von der Sonnbergalm“ und Helmut Mödlhammer unterhielten den Bundesvorstand mit ein paar „Traditionals“.



Die Vorarlberger machen es vor, wie gut Frauen in die Kommunalpolitik passen: Die Schlinser Gemeinderätin Kathrin Keckeis, die Harder Vizebürgermeisterin Evi Mair und die Schlinser Vizebürgermeisterin Gabi Mähr plauderten mit Erwin Mohr, Europa-Spezialist des Gemeindebundes, und Othmar Müller, Geschäftsführer des Vorarlberger Gemeindeverbandes.

Personalia aus dem Bundesvorstand



Die Gesundheit geht vor. Als Anerkennung für die geleistete Arbeit wurden Hans Ferlitsch, Vinzenz Rauscher und Schmid geehrt: Robert Hink, Ferlitsch, Rauscher, Stefan Primosch, Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer, „Einlader“ Rupert Dworak, Ewald Buschenreiter und Herbert Marhold protesten einander beim Empfang der sozialdemokratischen Fraktion im Hotel Kitzhof zu.



Alfred Riedl, Präsident des GVV der VPNO und 1. Vizepräsident des Gemeindebundes, Ehrenmitglied Bernd Vögerle und Helmut Mödlhammer hatten vor der Eröffnung noch viel Spaß.



Man sah ihm die Freude richtig an, als Helmut Mödlhammer den Taktstock schwingen durfte und die toll aufspielende Bürgermeisterkapelle dirigierte.